

Ressort: Politik

Künast fordert Neuausrichtung der Familienpolitik

Berlin, 07.02.2013, 17:42 Uhr

GDN - Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Renate Künast, fordert einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. "Die meisten Frauen wollen und müssen erwerbstätig sein. Und immer mehr Männer wollen mehr Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und weg von der reinen Ernährerrolle", schreibt Frau Künast in einem Beitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (Freitagsausgabe).

"Das Alleinverdienermodell hat so gut wie ausgedient." Mit dem neuen Unterhaltsrecht sei die Ehe für Frauen längst keine sichere Bank mehr. Denn mit einer Trennung gehe ein hohes Armutsrisiko einher. Dem trage die gegenwärtige Familienpolitik nicht genügend Rechnung, schreibt Frau Künast in der Zeitung und antwortet damit auf Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). "Wenn uns Grünen nun vorgeworfen wird, wir würden Familien einen Lebensentwurf vorschreiben, ist das falsch. Es ist genau andersherum: Ohne Paradigmenwechsel in der Familienpolitik können viele Familien gerade nicht so leben, wie sie es sich wünschen." Echte Wahlfreiheit gebe es nicht. Ein Paar, das sich gleichberechtigt die Betreuung und Erziehung der Kinder teilen möchte, habe es unter den derzeitigen Rahmenbedingungen schwerer als ein Paar, bei dem der Mann die Hauptverdienerrolle übernehme. Denn darauf sei das System nach wie vor ausgerichtet. Die fehlende Neuausrichtung der Familienpolitik gehe auf Kosten der Kinder, die nicht genügend gefördert werden können. "Und auf Kosten der Frauen, die im Falle einer Trennung mit einem hohen Armutsrisiko leben müssen." "Familienministerin Kristina Schröder muss den Weg für eine ehrliche Auseinandersetzung über Ehe- und Familienleistungen jetzt freimachen", schreibt Renate Künast weiter. "Wir wollen die überbordende Eheförderung zurückführen und stattdessen eine effiziente Kinderförderung aufbauen, die Bildung stärkt, Vereinbarkeit ermöglicht und Armut verhindert."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-7303/kuenast-fordert-neuausrichtung-der-familienpolitik.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com